

## Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer, Oliver Jörg, Bernhard Seidenath** CSU,

**Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Julika Sandt, Karsten Klein, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde** und **Fraktion (FDP)**

### Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei Verbänden, Institutionen, Organisationen und der Wirtschaft dafür einzusetzen, Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in allen seinen Formen gesamtgesellschaftlich zu unterstützen sowie materiell im Rahmen der zur Verfügung stehenden Stellen und Mittel zu fördern.

Um das Bürgerschaftliche Engagement in Bayern zu stärken und weiter auszubauen, soll hierzu insbesondere

- die flächendeckende Infrastruktur für das Bürgerschaftliche Engagement in ganz Bayern weiter ausgebaut werden,
- die Anerkennungskultur im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements weiter gestärkt werden. Hierbei ist insbesondere an die bayernweite Einführung einer Ehrenamtskarte und eine Ausweitung des Ehrenamtsnachweises Bayern über die bisherigen Einsatzbereiche hinaus zu denken,
- überprüft werden, wie Bürgerschaftliches Engagement sich positiv auf den Besuch von Bildungseinrichtungen wie beispielsweise Hochschulen auswirken und wie eine Zugangsberechtigung zu den Hochschulen für Menschen, die sich besonders engagieren, erleichtert werden kann, sowie
- die Freiwilligendienste als besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt werden.

Die Staatsregierung berichtet innerhalb von einem Jahr über die Umsetzung der genannten Maßnahmen.

### Begründung:

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft und wichtige Voraussetzungen gelebter Demokratie. Deren Stärkung ist ein zentrales Anliegen des Freistaats Bayern.

Bürgerschaftliches Engagement ist in Bayern stark ausgeprägt, Bayern ist auf dem Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft. 36 Prozent der bayerischen Bevölkerung ab 14 Jahren sind bereits ehrenamtlich engagiert.

Der demografische und gesellschaftliche Wandel fordert aber auch eine Weiterentwicklung und neue, innovative Ansätze, um das Bürgerschaftliche Engagement auf eine noch breitere Basis zu stellen und den wachsenden Herausforderungen zu begegnen, denn Bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligendiensten wird zukünftig eine steigende Bedeutung zukommen. Für die Weiterentwicklung geeigneter Rahmenbedingungen sind alle gesellschaftlichen Akteure wie Staat, Kommunen, Kirchen, Verbände, Vereine, Wirtschaft, Medien etc. gefragt.

Gerade auch das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 soll dazu genutzt werden, das Thema Ehrenamt in der gesamten Gesellschaft noch stärker zu verankern und Maßnahmen einzuleiten, um Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt zu stärken. Hierzu sollen sich alle gesellschaftlichen Akteure dafür einsetzen, dass Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in allen seinen Formen gesamtgesellschaftlich unterstützt und positiv in das öffentliche Bewusstsein gerückt wird. Darüber hinaus soll versucht werden, die materielle Unterstützung aus der Gesellschaft heraus (beispielsweise durch Fundraising) zu befördern.

Zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements sollen die Infrastruktur und die Anerkennungskultur gestärkt und weiter ausgebaut werden, um eine noch breitere Basis für Bürgerschaftliches Engagement zu schaffen und die wertvolle und gesellschaftlich unentbehrliche Arbeit der Ehrenamtlichen zu würdigen.

Zum Ausbau der Infrastruktur sollen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel beispielsweise weitere Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement aufgebaut und gefördert werden.

Die Stärkung der Anerkennungskultur kann beispielweise durch die bayernweite Einführung der Ehrenamtskarte, mit der Ehrenamtliche Vergünstigungen erhalten, und eine Ausweitung des Ehrenamtsnachweises Bayern über die bisherigen Einsatzbereiche hinaus erfolgen. Außerdem soll geprüft werden, ob Ehrenamtlichen der Zugang zu Bildungseinrichtungen wie z.B. Hochschulen erleichtert werden kann, indem z.B. Bürgerschaftliches Engagement bei der Zugangsberechtigung berücksichtigt wird.

Darüber hinaus sollen die Freiwilligendienste als besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt werden.